

Jamaika kommt auf den Prüfstand

Am 8. Mai haben die Wähler das Wort

Hamburg regiert ein SPD-Bürgermeister mit grünem Partner, in Mecklenburg-Vorpommern ist mit Manuela Schwesig ebenfalls eine Sozialdemokratin bei der Landtagswahl im Amt bestätigt worden. In Schleswig-Holstein dagegen kämpft vor der Wahl am 8. Mai der Christdemokrat Daniel Günther mit seiner Jamaika-Koalition darum, Ministerpräsident zu bleiben.

Günther hat es geschafft, seit 2017 mit FDP und Grünen ohne große Turbulenzen zu regieren. Ein Ergebnis, das vor fünf Jahren kaum jemand erwartet hatte. Doch gleichzeitig stöhnt auch die eigene Parteibasis über Kompromisse und Zugeständnisse an die Partner.

Als Herausforderer stellt sich für die SPD Thomas Losse-Müller zur Wahl. Er wirkt ähnlich jugendlich und jovial wie Günther, kann aber auch auf eine berufliche Laufbahn außerhalb der Politik verweisen. Regierungserfahrung sammelte er – noch mit grünem Parteibuch – als Finanzstaatssekretär und später Chef der Staatskanzlei in der rot-grünen Regierung von Torsten Albig. Pikant: Damals zerstritt er sich mit der grünen Finanzministerin Monika Heinold und trat später zur SPD über. Monika Heinold selbst, seit 2012 Finanzministerin in unterschiedlichen Koalitionen, will es auch noch einmal wissen: Gemeinsam mit Aminata Touré tritt sie als Spitzenkandidatin an mit dem Ziel, stärkste Partei zu werden und damit Ministerpräsidentin zu werden.

Traditionell stärker als im Bundesdurchschnitt ist die FDP in Schleswig-Holstein. Der von ihr gestellte Gesundheitsminister Heiner Garg hat durch die Pandemie-Bekämpfung Punkte gesammelt. Und ihr Wirtschafts- und Verkehrsminister Bernd Buchholz gehört ebenfalls zu den Aktivpos-

ten. Der SSW könnte zum Zünglein an der Waage werden. Die Minderheitenpartei vertritt Klientelinteressen, eine klare Zuordnung in rechts-links-Kategorien ist nicht möglich. Keine Rolle dürfte dagegen die AfD im Lande spielen. Sie ist hoffnungslos zerstritten und kann sich derzeit weder innerhalb noch außerhalb des Landtags profilieren. Wir machen in dieser Ausgabe einen Rückblick auf fünf Jahre Jamaika in Schleswig-Holstein (Seite 3) und werden in den kommenden Ausgaben die Wahlkämpfer mit Fragen aus Sicht der Steuerzahler konfrontieren.

In Schwerin „bastelt“ derzeit das neue Bündnis aus SPD und Linkspartei am ersten Landeshaushalt (Seite 7) und Hamburg muss sich auseinandersetzen mit Kritik des Landesrechnungshofes, weil Teile der Corona-Mittel vom Senat für ganz andere Zwecke eingesetzt worden sein sollen. Nur zur Erinnerung: Verfassungsbruch lautet der Vorwurf eines Gutachtens, in dem die Verwendung der Corona-Hilfsgelder durch das Jamaika-Bündnis in Schleswig-Holstein untersucht worden ist.

Klar: Die Pandemie hat auch im Norden schwerwiegende Auswirkungen, aber das kann eben nicht heißen, dass die Grundrechenarten außer Vollzug gesetzt werden. Der sparsame Umgang mit Steuergeldern bleibt das Anliegen des Bundes der Steuerzahler. Und wir werden immer wieder genau nachschauen, ob die Ausgaben der Bundesländer gerechtfertigt sind oder ob da versucht wird, Projekte zu finanzieren, die vielleicht dem jeweiligen Burgfrieden in einer Koalition dienen, aber nicht viel oder gar nichts zu tun haben mit der Corona-Krise. Gewählt wird 2022 auch in NRW und Niedersachsen mit möglichen Auswirkungen auf den Bundesrat. Es bleibt also spannend.

Sie lesen in diesem Nord-Kurier



Parkverbotsschilder werden in Kiel wohl bald noch häufiger aufgestellt. Im Kampf gegen den Klimanotstand sollen Flächen umgewidmet werden.

Streit in Kiel um Parkraum

In der Landeshauptstadt von Schleswig-Holstein bahnt sich ein Kampf an um knapp werdenden Parkraum. Die Ratsversammlung von Kiel hat wegen der Klimakrise den Klimanotstand ausgerufen und die Weichen dafür gestellt, Parkplätze zur Mangelware zu machen, in der Hoffnung, dass immer mehr Menschen den eigenen Wagen zuhause lassen. Ob diese Rechnung aufgeht, ist ungewiss. Als sicher aber gilt, dass die Verwaltung mehr Schilder aufstellen wird, mit denen das Parken in der Stadt schwieriger wird. Offen ist auch, welche Auswirkungen die Verknappung von Parkraum hat für den Einzelhandel in der Stadt, die traditionell auch Einkaufsstadt ist für viele ländliche Regionen in Schleswig-Holstein.

Ausführlicher Bericht auf Seite 2

Auch die „alte“ Gorch Fock verschlingt Millionen Euro

Die „Gorch Fock“, das Segelschulschiff der Bundesmarine, wurde für über 130 Millionen Euro runderneuert: Skandal! Aber auch ein Vorgänger, die „Gorch Fock 1“ entwickelt sich zum Schiff ohne Boden. Der Segler liegt vor Anker, die Kostenschätzungen in Stralsund für eine Herichtung explodieren, der Rat der Hansestadt in Mecklenburg-Vorpommern wäre gut beraten, die Finger von dem Projekt zu lassen. Es geht schließlich um Steuergelder und es kann nicht sein, dass die alte Dame um jeden Preis zum Aushängeschild wird für die Stadt und hier vor allem für die Touristen.

Bericht auf Seite 6

Kiel: Kampf um Parkplätze beginnt

In der Innenstadt sollen 5.200 Parkplätze wegfallen, aber Neubaupläne für Holstein-Stadion

Der Umgang mit dem Verkehrsmittel Privat-Pkw gehört zu den größten Konfliktfeldern in Schleswig-Holsteins Landeshauptstadt. Während die einen glauben, durch einen Rückbau von Straßen und Parkflächen die Mobilitätswende in Kiel beschleunigen zu können, befürchten andere den Tod von Einzelhandel und Dienstleistungen in der Innenstadt. Nur beim Ausbau des Fußballstadions von Holstein Kiel darf der Pkw-Verkehr merkwürdigerweise noch eine große Rolle spielen.

In den Jahren 2017-2019 hat die Kieler Ratsversammlung in Form von sogenannten Masterplänen eine Reihe von Grundsatzbeschlüssen zum Klimaschutz und zur Mobilität in der Stadt gefasst. 2019 wurde dann auch noch offiziell der „Klimanotstand“ ausgerufen. Jetzt macht das Tiefbauamt in Kiel Nägel mit Köpfen. Im „Mobilitätskonzept ruhender Verkehr 2035“ werden eine Reihe von konkreten Maßnahmen vorgeschlagen, um das Angebot von kostenlosem Parkraum in der Kieler Innenstadt weiter zurückzuführen. So sollen bisherige Parkplätze zu Grünflächen, Sitzecken und Begegnungsräumen umgestaltet werden. Dort, wo bislang noch auf dem Gehweg geparkt werden darf, wird dieses künftig verboten. Immer größere Flächen des Stadtgebietes werden zu reinen Anwohnerparkzonen, damit Berufstätige und Kunden von dort ansässigen Unternehmen auf kostenpflichtige Parkflächen verwiesen werden. Bislang noch kostenfreie Parkplätze sollen künftig auch „bewirtschaftet“ werden. Die Parkgebühren auch in den Parkhäusern sollen deutlich ansteigen. Insgesamt plant man, 5.200 Parkplätze abzubauen. So will man nach eigenen Aussagen das erklärte Ziel der Masterpläne, die Fahrleistung in der Landeshauptstadt bis 2035 um etwa 40 Prozent zu reduzieren, erreichen.

Gewerbetreibende, vor allem Einzelhändler und Dienstleister, laufen dagegen Sturm. Sie befürchten, dass eine schlechtere Erreichbarkeit mit dem Pkw und teurere Parkkosten dazu führen werden, noch mehr Kunden in die großen Einkaufszentren am

Rande der Stadt zu treiben. Aber nicht nur der Handel ist auf Parkplätze angewiesen. Wer im Innenstadtbereich beispielsweise eine Anwaltskanzlei, Steuerberatung oder ein Ingenieurbüro betreibt, muss für Kunden und Mandanten erreichbar sein. Das gleiche gilt natürlich auch für Arbeitnehmer, die nur zu einem geringen Teil in unmittelbarer Nähe ihrer Arbeitsplätze wohnen, mit dem Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können. Doch für die offiziellen Planer der Stadt ist das kein Problem, denn es sei keine Aufgabe der



Knapp und folgerichtig teuer soll das Parken in der Kieler Innenstadt werden. Foto: BilderBox.com

Daseinsvorsorge, auf öffentlichen Flächen Parkraum zur Verfügung zu stellen, teilte man uns in Bezug auf das Gewerbegebiet Grasweg mit. Dies sei Aufgabe der jeweiligen Grundstückseigentümer und Arbeitgeber (siehe Oktober-Ausgabe Nord-Kurier).

Angesichts dieser Diskussionen wirkt es auf außenstehende Beobachter umso merkwürdiger, dass gleichzeitig die Stadtverwaltung die Planungen für ein neues Parkhaus am Holstein-Fußballstadion mit aller Macht vorantreibt. Hier sind 1.500 zusätzliche Parkplätze für Pkw vorgesehen. Hintergrund sind die Pläne des Zweitligisten, das derzeit rund 15.000 Besucher fassende Stadion schrittweise auf rund 25.000 Plätze auszubauen. Dafür sind zusätzliche Park-

plätze notwendig, die nordwestlich des Stadions in einem Parkhaus geschaffen werden sollen. Nach derzeitigen Plänen soll die Investition privat finanziert werden. Gleichzeitig sollen die noch freien Parkmöglichkeiten in den Stadtteilen Projensdorf und Wik rund um das Stadion deutlich reduziert werden.

Hier wittern die Anwohner Böses: Es ist offensichtlich, dass ein privates Parkhaus, das nur an maximal 20 Heimspieltagen im Laufe eines Jahres belegt ist, nicht wirtschaftlich betrieben werden kann. Die potenziellen Investoren haben deshalb angekündigt, benachbarten Anliegern außerhalb der Spieltage Dauermietverträge anzubieten. Wenn gleichzeitig das freie Parkangebot im Quartier reduziert wird, wären die Anwohner, die jetzt auf öffentlichen Parkplätzen stehen, quasi dazu gezwungen, das kostenpflichtige Angebot anzunehmen. Das Parkhaus würde sich aus Sicht der Betreiber durch die Entscheidungen der Stadt von selbst finanzieren. Eine Bürgerinitiative läuft dagegen ebenso Sturm wie andere Kritiker, die den Wegfall von Grünflächen und eine zusätzliche Verkehrsbelastung durch den Stadionausbau bemängeln. Dennoch ist die Stadtverwaltung wild entschlossen, die Pläne durchzusetzen. Alternativen, wie ein besseres Kombi-ticket aus Eintritts- und Busfahrkarte, werden dagegen in Kiel nicht verfolgt.

Hier kann man im Gegensatz zu vielen anderen Bundesligisten mit seinem Stadionticket nur im unmittelbaren Nahbereich den Busverkehr kostenlos nutzen.

Unsere Meinung: Kiel beansprucht die Rolle als Oberzentrum. Zu dieser Funktion gehört es dazu, dass Arbeitnehmer, Kunden und Besucher die Stadt auch aus größeren Entfernungen aufsuchen. Wenn dieses ohne private Pkw passieren soll, müssen gute Alternativen gefunden werden. Eine Vergrämung des Autos aus der Innenstadt durch Streichen von Parkmöglichkeiten ist keine Lösung für die Zukunft.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Jamaika: Bilanz mit Licht und Schatten

Fünf Jahre Koalition in Schleswig-Holstein – analysiert aus der Sicht der Steuerzahler

Viele Kritiker hatten gemunkelt, die Jamaika-Koalition in Schleswig-Holstein unter Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) werde keine Legislaturperiode durchhalten. Doch es kam anders. Wir ziehen Bilanz und finden Licht und Schatten beim damals überraschenden Bündnis der CDU mit Grünen und FDP – aus Sicht der Steuerzahler.

Ohne Frage kann es Daniel Günther als politischen Erfolg verbuchen, dass er die Koalition aus CDU, FDP und Grünen überhaupt zusammengebracht hat und diese eine vollständige Legislaturperiode weitgehend geräuschlos zusammengearbeitet hat. Die Vorstellungen in wichtigen Politikfragen gingen weit auseinander. Trotzdem ist es gelungen, Kompromisse zu finden, die fünf Jahre mit großer Disziplin aller Beteiligten gehalten haben. Dass dabei oft auch nur der kleinste gemeinsame Nenner gesucht wurde, liegt auf der Hand.

Ebenso unstrittig ist, dass die aktuelle Regierung das Land sehr gut durch die wohl größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg geführt hat. Schleswig-Holstein steht bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie weit besser da als die meisten anderen Bundesländer. Statt großspuriger Ankündigungen und lautem Getöse in Talkshows hat die Landesregierung gemeinsam mit den kommunalen Gesundheitsämtern schlichtweg die notwendigen Maßnahmen ergriffen. Große Widerstände aus der Bevölkerung gab es nicht. Dazu trug sicherlich auch eine gute und transparente Informationspolitik bei.

Gleich zu Beginn der Legislaturperiode konnte die Regierung sich von einer Altlast befreien. Die HSH-Nordbank wurde gemeinsam mit Hamburg veräußert. Dieses Ende mit Schrecken war für die Steuerzahler sehr teuer aber letztlich zu diesem Zeitpunkt alternativlos.

Geholfen hat dem Koalitionsfrieden von Jamaika, dass sich der Landeshaushalt bis zur Corona-Krise Jahr für Jahr über neue Rekordeinnahmen freuen durfte. Niemals zuvor hatten Politiker in Schleswig-Holstein so viel Geld der fleißigen Steuerzahler zur Verfügung, um die Landesaufgaben zu erfüllen und ihre politischen Lieblingspro-

jekte zu verfolgen. So fiel es insbesondere Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) nicht schwer, formal die Schuldenbremse einzuhalten und dennoch die Wünsche der Koalitionäre zu erfüllen. Die Jamaika-Regierung hat es zum Prinzip erkoren, die rechnerischen Haushaltsüberschüsse nicht in den Abbau von Altschulden zu stecken, sondern Investitionsrücklagen anzusparen. Diese sollen dazu dienen, die Sanierung der staatlichen Infrastruktur zu verstetigen, damit Bauverwaltung und Unternehmen langfristige Planungssicherheit haben. Diese Sichtweise können die Steuerzahler nachvollziehen, denn unterlassene Unterhaltungsaufwendungen sind letztlich auch eine verdeckte Verschuldung. Und insbesondere Wirtschafts- und Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP) hat kräftig in die Sanierung von Straßen und anderer Infrastruktur investiert.

Dennoch wäre es möglich gewesen, mit den Rekordeinnahmen einen deutlich grö-

Die Analyse

ßeren Sanierungsbeitrag auch für den Landeshaushalt zu leisten. Denn auf der Ausgabenseite ist der Jamaika-Koalition ihre Haushaltsdisziplin sehr schnell verloren gegangen. Alle bereits getroffenen Maßnahmen zum Personalabbau wurden wieder rückgängig gemacht und im Gegenteil durch weitere Einstellungen zur Belastung für die Zukunft.

Ebenso wenig ist es der Regierung gelungen, das immer größer werdende Loch in der Finanzierung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) zu schließen. Der 600 Millionen Euro schwere Masterplan für die Gebäude, der sich durch eine Effizienzrendite rechnen sollte, ist zum Flop geworden. Weiterhin erfordert das Klinikum hohe Zuschüsse aus dem Landeshaushalt und häuft zusätzlich große zweistellige Millionenbeträge jährlich an Verlusten an. Damit ist das UKSH zum größten Risiko für den Landeshaushalt geworden.

Wenig Erfolg hatte die Regierung bei dem Versuch, den kommunalen Finanzaus-

gleich neu aufzustellen und den Streit unter den Kommunen zu beenden. Obwohl erhebliche zusätzliche Mittel aus dem Landeshaushalt bereitgestellt werden, sind Kreise, Städte und Gemeinden nicht zufrieden. Über 100 Gemeinden haben jetzt eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht angestrengt. Eine Lösung ohne zusätzliches Geld des Steuerzahlers ist kaum denkbar.

Zu Ärger bei den Steuerzahlern führt auch, dass sich die Grünen mit ihrer Position durchsetzen konnten, bei der Neuberechnung der Grundsteuer das komplizierte, verwaltungsaufwändige, streitanfällige und potenziell kostensteigernde Bundesmodell zu wählen. Hier wedelt sprichwörtlich der Schwanz mit dem Hund, denn CDU und FDP waren gegen diese Lösung.

Zum Ende der Legislaturperiode ist deutlich zu merken, dass die Verantwortung für den Landeshaushalt immer weiter zurücktritt gegen wahlkampfaktische Überlegungen. So versucht Monika Heinold, die ursprünglich zu den Verfechtern einer nachhaltigen Finanzpolitik und den Befürwortern einer Schuldenbremse gehörte, sich jetzt von dieser zu befreien. Danach dürften weder der Klimaschutz noch die Investitionen in die Infrastruktur durch die Begrenzung der Neuverschuldung aufgehalten werden. Oder kurz gesagt: Für Projekte, die den Grünen wertvoll sind, muss es Schulden geben dürfen.

In dreier Einmütigkeit haben sich die Koalitionäre einschließlich der oppositionellen SPD und des SSW bei den Corona-Notkrediten bedient. Die Notlage wurde schamlos ausgenutzt, um weit über das notwendige Maß hinaus neue Schulden aufzunehmen und diese für die Zukunft zu bunkern. Dieses Vorgehen ist auf Initiative des Bundes der Steuerzahler als eindeutig verfassungswidrig erklärt worden.

Damit endet eine für die Steuerzahler durchwachsene Legislaturperiode mit einem schweren Vertrauensverlust.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Der Nervenkitzel ist garantiert

Deadline Escape Games bietet spannende Freizeitgestaltung

Abenteuer erleben, Rätsel lösen und in eine andere Welt eintauchen, um den eigenen Kosmos zumindest für eine kleine Weile verlassen zu können. Gerade jetzt in dieser kräftezehrenden Coronazeit ist im Alltag kaum Platz für Action, Heldentum oder aufregende Geschichten. In der Faszination am Nervenkitzel hat Mandy Benecke ihre Berufung gefunden. Zusammen mit ihrem Lebenspartner Michell Zschieschan führt die 30-jährige Mediengestalterin die Firma Deadline Escape Games im Stadtteil Hamburg-Moorfleet. „Wir sind selbst begeisterte Escape-Room-Spieler. Wir haben lange in Australien gelebt und das Prinzip dieser Livespiele dort kennengelernt. Wir finden, das ist eine tolle Freizeitgestaltung und haben uns gefragt, wie würden wir selbst gern einen Escape-Room erleben“, berichtet Benecke über ihre Motivation, einen Escape-Room in Hamburg zu eröffnen.

Ein Escape-Room ist ein realitätsgetreu nachgebauter thematischer Raum, in dem die Spieler in vorgeschriebener Zeit unterschiedliche Aufgaben lösen müssen, um den Raum als Sieger verlassen zu können. Auf der Suche nach versteckten Hinweisen tauchen die Teilnehmer, im Regelfall eine Gruppe von zwei bis sechs Spielern, in eine andere Welt ein, die eine perfekte Illusion ist. Entweder muss ein bestimmter Gegenstand gefunden werden oder in den meisten Fällen ein Fluchtweg. „Bei diesen Exit-Games geht es darum, zusammen logisch zu denken und knifflige Fälle zu lösen. Codes knacken, symbolische Schlüssel finden – die Themen können dabei ganz unterschiedlich sein: vom Ausbruch aus dem Gefängnis und Entschärfen einer Bombe bis hin zum Aufdecken von Familiengeheimnissen. Die wichtigste Eigenschaft, um jegliches Rätsel zu lösen, ist dabei Teamwork“, erklärt Benecke. Raus aus dem Alltag, rein ins Rätsel – und das immer mit Blick auf die ablaufende Zeit. Das Adrenalin steigt und es stellt sich ein gewisser Nervenkitzel ein. Wer es geschafft hat, freut sich gemeinsam über das Erfolgserlebnis.

„Wir haben uns damit einen Traum erfüllt und freuen uns jedes Mal, wenn die Besucher unsere Einrichtung mit strahlenden Gesichtern verlassen,“ schwärmt Benecke.

„Bei uns sind Jung und Alt gleichermaßen von dem Spiel begeistert. Wir haben als Besucher sogar Kinder, die mit ihren Großeltern zu uns kommen und wir hatten auch schon Gäste, die ihren 80-jährigen Geburtstag bei uns gefeiert haben“, erzählt Benecke.

Es handelt sich also um ein Spiel, das nur in der Gemeinschaft gewonnen werden kann. Genau das ist der Grund, weshalb sich Escape Games großer Beliebtheit erfreuen – laut Benecke sorgen diese Exit-Spiele „in einer Zeit, in der wir oft mehr digital kommunizieren als in der realen Welt für ein echtes Zusammengehörigkeitsgefühl, nach dem sich viele sehnen.“

Entstanden ist dieser Trend aus den sogenannten „Escape-Game“ Videospiele – die Szenarien wurden lediglich vom Bildschirm ins echte Leben verlagert. Benecke dazu: „Es ist gerade in der Coronazeit besonders spannend, mal etwas nicht Digitales zu erleben. Man hat gemeinsame Ziele während des Spiels und ein viel intensiveres gemeinsames Erlebnis, von dem man noch lange zehren kann, weil man aktiv etwas erlebt hat.“

Als Veranstaltungsraum dient Deadline Escape Games eine alte Fabrikhalle im Industriestil des frühen 20. Jahrhunderts. „Wir haben uns eine Location gesucht, die Abenteuer verspricht. Schon beim Eintritt haben unsere Besucher das Gefühl, jetzt erleben wir etwas ganz Besonderes,“ so Benecke. Dieses außergewöhnliche Ambiente bietet laut Benecke einen runden Abschluss für eine Betriebsfeier oder einen Geburtstag.

Die Veranstaltungsbranche hat besonders unter den coronabedingten Absagen von Weihnachtsfeiern gelitten. „Bei uns wurden in diesem Jahr 99 Prozent aller Weihnachtsfeiern abgesagt. Dabei sind wir, was das Spielkonzept an sich angeht, eigentlich we-



Spannende Exit-Spiele und Rätsel für jede Generation: Mandy Benecke führt das Unternehmen zusammen mit ihrem Partner.

nig eingeschränkt. Wir haben kleine Gruppen und lassen ohnehin nur noch Geimpfte oder Genesene bei uns spielen, man darf nur mit Termin vorbeikommen und muss seine Kontaktdaten hinterlassen.“ Die Situation ist ernst, Arbeitsplätze und ganze Unternehmen der Veranstaltungsbranche sind in Gefahr. „Mehr denn je muss unsere Branche nun zusammenhalten,“ fordert Benecke.

Aus diesem Grund sind Mandy Benecke und ihr Partner dem Bund der Steuerzahler Hamburg im Mai beigetreten. „Gerade in der Coronazeit haben wir deutlich gemerkt, dass es gut ist, wenn man gemeinsam eine laute Stimme hat!“

Sie möchten sich selbst präsentieren und interessieren sich für eine Vorstellung im Nord-Kurier? Schreiben Sie uns gern eine E-Mail an: mail@steuerzahler-hamburg.de

Angela Sundermann
sundermann@steuerzahler-hamburg.de

Kontakt:

Deadline Escape Games, Moorfleeter Straße 15, 22113 Hamburg
info@deadline-escape.de · www.deadline-escape.de
Tel.: 040 - 89 72 85 85 · Mobil: 0170 - 40 48 044

Renten und die liebe Besteuerung...

... darüber hat sich die Hamburger Vorsitzende Petra Ackmann Gedanken gemacht

Hamburgs Landesvorsitzende des Bundes der Steuerzahler, Petra Ackmann, ist selbst Inhaberin einer Steuerberater-Kanzlei. Und sie hat sich mit dem Thema Renten-Doppelbesteuerung intensiv beschäftigt. Nachstehend ihre Anmerkungen zu diesem Thema, dessen Bedeutung in den kommenden Jahren deutlich werden wird.

Mit einem weiteren Urteil des Bundesfinanzhofs vom 31. Mai 2021 wurde festgestellt, dass zwar einerseits der Großteil der Rentnerinnen und Rentner bisher nicht von einer doppelten Besteuerung betroffen war, das sich dies aber wegen der grundsätzlichen Systematik der Besteuerung der Renten ab 2025 ändern kann. Der Gesetzgeber ist gehalten, eine Veränderung der Rentenbesteuerung vorzunehmen.

Mal wieder, möchte man rufen, denn schon die Reform aus 2005 wurde vom Bundesverfassungsgericht angestoßen. Lernt der Gesetzgeber nicht dazu? Warum muss erneut ein Gericht eingreifen, damit die Gesetze verfassungsgemäß werden? Aus dem Urteil folgt eine große Verunsicherung der betroffenen Steuerpflichtigen. Einerseits hat man Sorge, dass man eventuell Renten doppelt besteuert, andererseits werden die Steuern, die man auf die Rentenbezüge zahlen muss, mit jedem Jahr höher. Viele Rentner und Rentnerinnen sind mittlerweile verpflichtet, jedes Jahr Steuererklärungen einzureichen, gerade auch dann, wenn der Lebenspartner verstorben ist und der bisher anzuwendende Splittingtarif wegfällt. Eine enorme Belastung für die Betroffenen, denn es wird mit zunehmendem Alter nicht gerade einfacher, durch die Steuerformulare durchzukommen und auf digitalem Wege ist es auch nicht allen möglich.

Viele unserer Mitglieder haben sich bei uns gemeldet und fragen: Wie kann ich konkret herausfinden, ob ich von der Doppelbesteuerung betroffen bin? Die Verunsicherung ist groß, denn unabhängig davon, dass man grundsätzlich gern seinen Teil „beisteuert“, um den Staat und die notwendigen Ausgaben zu refinanzieren, so will doch niemand, dass man versteuert, was man zuvor selbst aus versteuertem Entgelt einbezahlt hat.

Soviel ist klar, einfach ist das nicht, will man herausbekommen, ob man von einer Doppelbesteuerung betroffen ist. Hierzu muss man grundsätzlich zwei Dinge vergleichen: Einerseits muss man die Rentenbeiträge addieren, die über das gesamte Erwerbsleben (!) aus versteuertem Entgelt in die Rentenkasse eingezahlt wurden. Andererseits muss man berechnen, wieviel Rente einem jährlich steuerfrei ausgezahlt wird, dies mit der statistischen Lebenserwartung multiplizieren, um daraus zu ermitteln, welcher Betrag einem statistisch gesehen bis ans Lebensende steuerfrei ausgezahlt wird. Wenn dieser Betrag höher ist als die insgesamt aus versteuertem Entgelt eingezahlten Beiträge, liegt keine Doppelbesteuerung vor.

Aber wie soll man das jetzt konkret belegen, wenn einem die Gehaltsabrechnungen der letzten 45 Jahre nicht mehr vorliegen (das soll ja durchaus vorkommen)? Generell gilt: Sie müssen nachweisen, welchen Teil Sie aus versteuertem Entgelt in die Rentenversicherung einbezahlt haben. Vielleicht kann man einen Entgeltverlauf der BfA anfordern, aus dem sich die Einzahlungen ergeben? Das wäre eine Option. Oder haben Sie noch die Jahresentgeltbescheinigungen aufbewahrt? Dann entnehmen Sie diesen die Beträge. Wie man es auch dreht und wendet: Es ist schwer und nahezu unmöglich, hier die konkreten Zahlen zu ermitteln, gerade über diesen langen Zeitraum.

Der Gesetzgeber und die Verwaltung wären gut beraten, wenn sie diese Seite der Medaille einmal mit betrachten würden und hier einen konkreten Lösungsvorschlag machen könnten, damit die Rentner und Rentnerinnen in dieser Republik sich sicher sein können: Ich zahle nicht doppelt Steuern! Denn aus der Gemengelage zwischen Verunsicherung über möglicherweise zuviel gezahlte Steuern einerseits und Unmöglichkeit der Überprüfung des eigenen Sach-



Petra Ackmann, Vorsitzende des Steuerzahlerbundes Hamburg, fordert ein einfach anzuwendendes Verfahren für eine Berechnung der eventuell doppelten Besteuerung der Rente.

Foto: © Nils Heitmann

verhaltes andererseits entsteht: Frust und schlimmstenfalls Staatsverdrossenheit.

Hier Abhilfe zu schaffen und einen konkreten Handlungsvorschlag zu unterbreiten, wäre eine gute Investition, für beide Seiten, denn auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Finanzverwaltung werden mit dem Sturm der Entrüstung über dieses Verfahren allein gelassen.

Also, liebe neue Bundesregierung: Butter bei die Fische, wie kann ich als Rentner beziehungsweise Rentnerin sicher sein, dass ich meine Rente nicht doppelt versteuere? Hier braucht es Konkretes, ein einfach anzuwendendes Verfahren für alle, nichts Abstraktes, damit sich die Gemüter wieder beruhigen. Ein „weiter so“ darf es, auch an dieser Stelle, nicht geben. Wir freuen uns auf – konkrete! – Vorschläge! Übrigens: Unser Kollege Hans-Ulrich Liebern aus Nordrhein-Westfalen hat auf der BdSt-Internetseite (www.steuerzahler.de) ein sehr gelungenes Berechnungsschema dargestellt.

Petra Ackmann
Ackmann@steuerzahler-hamburg.de

Lesbe Uschi

Über 130.000 Euro erhält der Ex-Finanz- und Ex-Bildungsminister Mathias Brodkorb für seine hauptamtliche Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender der Universitätsmedizin Rostock und Greifswald, bis 2019 war das ein Nebenamt. Die Hauptamtlichkeit begründete das Wissenschaftsministerium damals mit der besonderen Rolle der Kliniken und Fürsorge für die Standorte. Genug Arbeit für eine Person sollte man meinen. Doch der hauptamtliche Chefaufseher Brodkorb sorgte auch als Autor für das konservative Magazin Cicero für Aufsehen: Er erhielt eine öffentliche Rüge des Presserates, die schärfste mögliche Form der Rüge. Was war passiert? Er wollte über eine Onlineveranstaltung berichten, den „Lesbenfrühling“ – einen Austausch von queeren Personen zu ihrer Lebenssituation. Die organisierenden Personen versagten ihm die Akkreditierung. Also schlich sich der Autor Brodkorb, getarnt als „Lesbe Uschi“, für den Veranstaltungsbeitrag von 50 Euro ein und berichtete süffisant aus dem geschützten Raum im „Cicero“. Dafür wurde der Autor Brodkorb (zurecht!) gerügt. Gleiches sollte auch dem Aufsichtsratsvorsitzenden Brodkorb widerfahren.

Die Besetzung dieses Postens im Hauptamt war ohnehin umstritten. Zu sehr roch es nach Versorgungsposten, wollte man doch Brodkorb schnell loswerden. Der einstige Kronprinz hat sich nicht würdig erwiesen. Eine Qualifikation für diesen Bereich konnte der Ex-Minister jedenfalls nicht vorweisen. Bis Ende 2024 ist der Vertrag mit Mathias Bordkorb als Aufsichtsratsvorsitzenden befristet. Das Land sollte angesichts der Ereignisse dringend prüfen, ob eine vorzeitige Vertragsauflösung möglich ist. Dem Autor Brodkorb stehen dann ja alle Türen offen.

Michaela Skott
 Presse@steuerzahler-mv.de



Die Hansestadt verfolgt seit Jahren den Plan, die Gorch Fock I (Bild) zu kaufen, um sie im Stralsunder Hafen als Museumschiff zugänglich zu halten als Basiseinrichtung der maritim-touristischen Infrastruktur. 2014 wurde eine Machbarkeitsstudie durch die Hansestadt in Auftrag gegeben. Im 100.000 Euro teuren Gutachten wurde der Wert des Schiffes auf ca. 400.000 Euro geschätzt, die Gesamtkosten inklusive der Sanierung auf maximal ca. 4,3 Millionen Euro plus jährlichen Zuschussbedarf zwischen 50.000 und 90.000 Euro.

Eigentümer ist der TallShipFriends e.V. (TSF e.V.). Der Verein soll das Schiff nach der Sanierung weiterhin betreiben, die Hansestadt von laufenden Betriebskosten und zukünftigen Instandhaltungskosten freihalten. Im Sommer 2019 wurde mit Gesamtkosten von 10,56 Millionen Euro gerechnet.

Mittlerweile sind die Kosten explodiert. Es ist von 22 Millionen Euro die Rede. Angesichts dieser Kostenexplosion fordert der Bund der Steuerzahler MV die Hansestadt Stralsund auf: Hände weg von dem Projekt.

Wir trauern um unser Gründungsmitglied, langjähriges Vorstands- und Verwaltungsratsmitglied

Hans-Jürgen Prüße

geboren am 07.07.1943 – gestorben am 17.11.2021

Wir verlieren ein engagiertes Mitglied und werden ihm mit unserer Arbeit ein ehrendes Andenken bewahren. Unsere Anteilnahme gehört seiner Familie.

Schwerin, im Januar 2022

Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Schweriner Steuerforum diskutiert digital

Am 14.12.2021 fand das alljährliche Schweriner Steuerforum statt, das der BdSt MV zusammen mit der IHK zu Schwerin und, dieses Jahr erstmals, mit dem Steuerberaterverband MV e.V. veranstaltet. Leider musste die Veranstaltung pandemiebedingt wieder virtuell stattfinden. Die Referenten beleuchteten das Thema „Bedarf es einer neuen

Unternehmensbesteuerung nach der Corona-Krise?“. Dr. Rainer Kambeck referierte zu den Forderungen des DIHK e.V. zur wettbewerbsfähigen Unternehmensbesteuerung und betonte die Bedeutung der Entbürokratisierung. Der Präsident des BdSt, Reiner Holznagel, legte den Fokus auf die fiskalischen Rahmenbedingungen für die notwendigen Steuerreformen und

kritisierte die Finanzpolitik der neuen Ampel-Regierung.

Torsten Lüth, Präsident des Deutschen Steuerberaterverbandes e.V. und des Steuerberaterverbandes MV e.V., erläuterte die Bedeutung der kleinen und mittleren Kanzleien für den künftigen Wirtschaftsaufschwung und legte sein Augenmerk auf die dringend notwendigen Fristentschärfungen für Steuerberater.

Erfolg: Künftig entscheidet der Landtag

MV-Schutzfonds soll von nun an im Parlament beraten werden

Für das neue Kabinett wird es ernst. Der erste Doppel-Haushalt der Legislatur in Mecklenburg-Vorpommern muss aufgestellt werden. Anfang April soll der Regierungsentwurf stehen. Trotz großer Herausforderungen durch Corona will man 2022 und 2023 ohne Neuverschuldung auskommen.

Zu den wesentlichen Eckpunkten laut Koalitionsvertrag gehören geplante Wasserstoffprojekte, die Einführung eines Rufbussystems, des Senientickets und die Umsetzung des Programms „Schule in MV – Aufbruch 2023“ mit 1.000 neuen Lehrerstellen. Die Verwaltung will moderner werden, große Bauprojekte stehen an. Durch moderne Arbeitsformen sollen Flächenbedarfe der Landesregierung reduziert werden inklusive Geldersparnis.

Der neue Finanzminister Dr. Heiko Geue (SPD, Bild): „Die große Herausforderung wird es sein, bestehende Errungenschaften zu wahren und gleichzeitig durch dauer-



Dr. Heiko Geue
© Regierungportal MV

hafte Einsparungen und Modernisierungen finanzielle Spielräume für die wichtigen Zukunftsaufgaben zu eröffnen. Es geht um Gestaltungsspielraum künftiger Generationen aber auch eine moderne Infrastruktur.“

Für das Jahr 2021 rechnet das Finanzministerium mit 508 Millionen Euro Mehreinnahmen (Steuerschätzung). Das ist zwar weniger als noch vor der Krise erwartet, jedoch noch mehr als zuletzt im Mai veranschlagt. Dennoch gab der ehemalige Finanzminister Reinhard Meyer im November zu bedenken, dass innerhalb der Koalitionsverhandlungen mit einem noch höheren Einnahmeplus gerechnet wurde. Der Haushalt bleibt also auf Kante genäht.

Gegenüber der Schweriner Volkszeitung sprach sich Finanzminister Geue für eine Umkehr bei den Entscheidungen über die Ausgaben aus dem MV-Schutzfonds aus. Von den veranschlagten 2,85 Milliarden Euro sind noch 1,3 Milliarden Euro ungebunden. Über sie soll, wenn es nach Heiko Geue geht, künftig nicht mehr allein der Finanzausschuss, sondern der gesamte Landtag entscheiden. Damit würde sich eine zentrale Forderung des BdSt MV erfüllen, erklärt die stellvertretende Landesvorsitzende Diana Behr: „Die Diskussion im Parlament fördert den demokratischen Entscheidungsprozess und erhöht die Transparenz über die Verwendung der Mittel. Wir begrüßen diese Pläne ausdrücklich!“

Und noch ein Vorhaben begrüßt der BdSt MV: Das Finanzministerium will ein zentrales Personalmanagement im eigenen Hause als Nachwuchspool für alle Ministerien. Wenn dabei keine Doppelstrukturen entstehen, ist das Vorhaben zu begrüßen.

Unsere Rubrik: **Drei Fragen an René Domke**

Fraktionschef und finanzpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion

Welche drei Hauptziele verfolgt die FDP-Fraktion in der neuen Legislatur?

Die FDP-Fraktion verfolgt vor allem ein Entfesseln des Landes durch schnellere Digitalisierung, durch Abbau von Bürokratie und einer Verhinderung von Mehrbelastungen. Wir wollen durch gute Bildung von Anfang an Aufstiegschancen für alle Kinder schaffen. Dafür braucht es mehr Personal, eine Digitalisierungsstrategie, Medienkompetenz.

Wie stehen Sie zu den Ausgaben im MV-Schutzfonds? Was ist mit dem Pandemiebezug, was muss sich ändern?

Wir haben bereits mehrere Beispiele vorgefunden, bei denen der Pandemiebezug aus unserer Sicht fehlt, und diesen werden wir auch nicht zustimmen. Es waren beispielsweise die Mittel für das Onlinezugangsgesetz Bauen und Wohnen sowie für die digitale Landesschule und berufliche Schulen

als pandemiebedingt deklariert worden. Hier geht es aber um Aufgaben, die sowieso drängen. Der Schutzfonds darf nicht dazu missbraucht werden, aufgestaute Versäumnisse der Regierung zu finanzieren. Wir verstehen uns als verantwortungsvolle Sachwalter der Steuergelder.

Die Werften stehen weiterhin unter Druck. Der BdSt MV hat die bisherige Förderpolitik der Landesregierung kritisch begleitet. Nun sollen erneut Fördermittel bereitgestellt werden?

Es muss aufgeklärt werden, was mit den Mitteln passiert ist, die zur Sicherstellung der Liquidität bereitgestellt wurden. Es bedarf einer ehrlichen Einschätzung der Fortführungsprognose für das Gesamtunternehmen, temporäre Hilfen dürfen kein Selbstzweck sein. Wir werden jede weitere Hilfe kritisch betrachten und uns nur auf Fakten stützen.



René Domke, FDP-Fraktionschef im Landtag
Foto © FDP Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Blick durch den Norden



Dies ist weder der Ort noch die Zeit, um alte Rechnungen zu begleichen. Anders als erwartet nämlich ist die Corona-Pandemie nicht beendet, sondern steht weiter im Mittelpunkt der Politik, aber eben auch der normalen Menschen. Ob uns etwas versprochen worden ist, was nicht zu halten war, diese Frage stellt sich (derzeit noch) nicht. Erst einmal gilt es, die vierte Welle zu überstehen und die fünfte Welle auszuhalten. Erst wenn die Pandemie tatsächlich im Griff ist, kommt der Zeitpunkt, um all die Politiker-Äußerungen zu beleuchten, die nicht eingehalten worden sind und sich teilweise auch ins glatte Gegenteil verkehrten. Die Fehler der Politiker, ihre Halbwahrheiten und der manchmal auch nur gespielte Optimismus aber sind nur ein Teil der Arbeit, die hernach geleistet werden muss. Es gehört wenig Analytik zu der Feststellung, dass die veränderte Kommunikation ihren Teil dazu beigetragen hat, einen kleinen Teil der Menschen so zu verunsichern oder in Vorurteilen zu bestärken, dass sie sich quer stellten, als es ums Impfen ging. Dass sie ihrerseits (meist ohne Masken) auf

die Straßen gingen, dass sie sich verrannten. Eines hat die Pandemie deutlich gemacht. Im Netz haben viele Menschen

offenkundig keine Scheu, andere Menschen zu beleidigen, herabzuwürdigen, zu attackieren. Und irgendwann, wenn die Pandemie (hoffentlich) ausgestanden ist, wird die Gesellschaft sich auch mit der Frage befassen müssen, warum ausgerechnet in den neuen Bundesländern (die schließlich so neu nicht mehr sind) und mehr im Süden als im Norden die Impfbereitschaft so deutlich geringer war als im großen Rest der Republik. Warum hier das Misstrauen gegen die Maßnahmen, aber eben auch gegen die Wissenschaften (die Wissenschaftler?) so viel größer war. Diese Aufarbeitung muss erfolgen. Und die Ergebnisse müssen deutlich besser kommuniziert werden als der mindestens in Teilen misslungene Umgang mit dem Virus, seinen Mutanten und den Folgerungen.

Geklärt werden muss am Ende auch, ob der Einsatz ungezählter Milliarden Euro nicht doch genutzt worden ist von den Politikern, um eigene Herzensanliegen zu realisieren. Wer hier Aufklärung verlangt, ist kein Erbsenzähler, sondern ein ganz normaler Bürger – ein Steuerzahler.

BdSt intern:

Kreis- und Bezirksbeiräte

Der Bund der Steuerzahler lebt von der aktiven Mitarbeit seiner Mitglieder. Nur wenn wir die notwendigen Informationen und Einschätzungen von der Basis erhalten, können wir unseren Finger dort in die Wunde legen, wo es Not tut. Dafür hat der Landesverband Schleswig-Holstein seine Kreis- und Bezirksbeiräte geschaffen, die sich regelmäßig vor Ort treffen, um Neuigkeiten, Gedanken und Informationen auszutauschen. Im neuen Jahr, so die Pandemie-Lage es zulässt, sollen die Aktivitäten wieder aufleben. In allen Kreis- und Bezirksbeiräten in Schleswig-Holstein wird es im ersten Quartal 2022 Neuwahlen für die Beiratsmitglieder und Delegierten geben. Alle Mitglieder erhalten dazu rechtzeitig eine persönliche Einladung. Viele Beiräte wünschen sich eine Verjüngung und Erweiterung ihre aktiven Mitstreiter. Wenn Sie an dieser ehrenamtlichen Arbeit im Interesse aller Steuerzahler interessiert sind, wenden Sie sich bitte an die Landesgeschäftsstelle in Kiel. Hier erhalten Sie alle notwendigen Informationen und wir werden den Kontakt zu den aktuellen Beiratsvorsitzenden herstellen.

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

Redaktion: BdSt Schleswig-Holstein, Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, www.nord-kurier.de, E-Mail: info@nord-kurier.de

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

Verantwortlich: Schleswig-Holstein: Roger H. Müller, Rainer Kersten; Hamburg: Sascha Mummenhoff, Angela Sundermann; Mecklenburg-Vorpommern: Diana Behr

Erscheinungsweise: 9 x jährlich
Auflage: 21.000, 51. Jahrg., 1+2/2022

Anzeigenverwaltung: Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

Konzeption & Gestaltung: J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

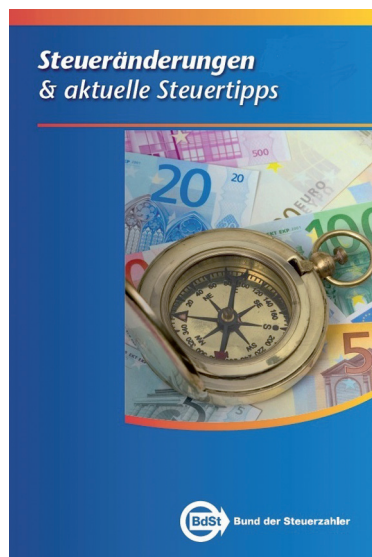
Satz: LINE Media Agentur, info@linemedia.de, 04334/18 91 18

Druck & Versand: Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Neues im Steuerrecht 2022



Wie nach jedem Jahreswechsel müssen sich Steuerzahler auch für das Jahr 2022 auf eine Vielzahl von Änderungen im Steuerrecht einstellen. Und wer dem Finanzamt nicht unnötig Geld schenken will, sollte sich rechtzeitig informieren. Hilfestellung dabei bietet die neue Broschüre „Aktuelle Steueränderungen 2022“ des Bundes der Steuerzahler.



In dem Heft werden die Regelungen durch viele praxisnahe Beispiele veranschaulicht, die die komplexe steuerliche Materie für jeden verständlich machen sollen.

Die Broschüre kann gegen eine Schutzgebühr von 2,50 Euro (inklusive Umsatzsteuer und Versand) angefordert werden beim

NORD-KURIER
Verlag und Werbe GmbH
Lornsenstraße 48, 24105 Kiel
Tel. 0431/990165-0, Fax 0431/990165-11
Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de

Mit der Broschüre erhalten Sie eine Rechnung.